



Mindestsicherung

Die Diskussion rund um die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) beherrscht seit Wochen die Medien. Als Schutz vor Armut und als Mindeststandard über neun Bundesländer hinweg gedacht, wurde sie 2010 eingeführt und löste damit die Sozialhilfe ab.

Im Jahr 2014 waren rund 256.405 BezieherInnen auf eine Unterstützung aus der BMS angewiesen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung in Österreich sprach man von gut zwei Prozent BMS-BezieherInnen. Bei einem Sozialbudget von 99,2 Mrd. EUR macht die Mindestsicherung 0,67 Prozent aus.

Interessant ist auch die Tatsache, dass die BMS meist eine Richtsatzergänzung ist. Das bedeutet, 70-75 Prozent der BMS beziehenden Haushalte beziehen diese, weil ihr Gehalt oder das bezogene Arbeitslosengeld zu niedrig ist.

Die FCG steht zu dem Grundsatz: Wer über kein Einkommen oder ein Einkommen unter der Armutsgrenze verfügt, dem soll durch die bedarfsorientierte Mindestsicherung das Einkommen bis zur Armutsgrenze ergänzt werden. Die FCG/GPA-djp begrüßt die Miteinbeziehung von BezieherInnen der BMS in die Krankenversicherung und die somit sichergestellte medizinische Versorgung dieser Menschen.

Was jedoch unbedingt sichergestellt werden muss ist, dass BezieherInnen der BMS bereit sind, eine zumutbare Beschäftigung anzunehmen. Darauf ist von Seiten der FCG/GPA-djp unbedingt Bedacht zu nehmen.

Weiters wäre eine Diskussion über die Möglichkeit, einen Teil der BMS in Form von Sachleistungen auszuzahlen, wünschenswert. Ziel ist es, die Chancengleichheit zu erhöhen.

Wir fordern:

- Wir sprechen uns gegen eine 14-malige Auszahlung der BMS aus, welche den Abstand zum kollektivvertraglichen Mindestgehalt verringern würde. Der Anreiz zu Arbeiten geht damit verloren. Die BMS ist klar als Überbrückungshilfe gedacht. Unser Auftrag ist es, möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu bringen bzw. zu halten und sie nicht von Sozialleistungen abhängig zu machen.
- Wir fordern und unterstützen eine Erhöhung des kollektivvertraglichen Mindestgehalts, um zu verdeutlichen, dass sich Arbeit lohnt. Dies entspricht auch unserem Auftrag als verantwortungsvolle GewerkschafterInnen.
- Wir fordern eine deutliche Investition in Bildung, denn die Zahlen belegen, dass ein hoher Anteil an BezieherInnen ein niedriges Bildungsniveau aufweist.
- Wir stehen zu einer Weiterentwicklung der BMS, die unserer Ansicht nach notwendig ist, um der Intention bei der Einführung der BMS nach bundesweiten Mindeststandards Rechnung zu tragen.